

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	28.01.2019

Beantwortung mündlicher Nachfragen zur Mitteilungsvorlage 3721/2018

In der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 17.12.2018 wurde die Mitteilung (3721/2018) zum Sachstand des Projekts „Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe“ behandelt. Die Nachfragen von Frau Sandow in der Sitzung werden wie folgt beantwortet:

- **Von wem soll die IT-Lösung entwickelt und umgesetzt werden? (auch von den beteiligten Ämtern?)**

Mithilfe eines IT-gestützten Verfahrens zur systematischen Erfassung und Prozesssteuerung aller Förderungen der Stadt Köln soll künftig das Fördermittelmanagement verbessert sowie eine Zielerreichungs- und Wirkungskontrolle etabliert werden. Die damit einhergehenden Anforderungen an die IT-Lösung wurden im Rahmen eines Verbundprojekts erarbeitet und in den dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppen „Datenmanagement“ bzw. „Prozessgestaltung“ weiterentwickelt.

Im Rahmen des Verbundprojekts findet ein enger Austausch mit verwandten Projekten rund um das Fördermittelmanagement statt, sodass ein abgestimmtes Vorgehen erfolgt und die Erarbeitung gemeinsamer Grundlagen für eine stadtweite Lösung gewährleistet werden kann.

Mittels eines SAP-Demosystems konnten die identifizierten IT-Anforderungen im Zuge einer kleinen Machbarkeitsstudie abgeglichen werden. Hierbei wurde festgestellt, dass die bei der Stadt Köln bereits im Modulbaukasten enthaltene (aktuell nicht implementierte) SAP-Lösung den inhaltlichen und funktionalen Anforderungen genügt, um die grundsätzlichen Prozessschritte - von der digitalen Antragstellung, der Fördermittelakquise, der Fördermittelvergabe bis hin zur Auswertung - abzubilden. Über das Verbundprojekt „Fördermittelmanagement“ wird insofern eine Lösung erarbeitet, die projektübergreifend einsetzbar und reibungslos in das vorhandene SAP-System integrierbar ist.

Unter Einbindung der Fachdienststellen und der im Verbund organisierten Projektpartner wird im nächsten Schritt unter externer Beratung ein Prototyp erarbeitet, der in einen Pilotbetrieb überführt werden soll. Die erforderlichen Haushaltsmittel hierfür stehen bereit.

Parallel dazu werden die Rahmenbedingungen für den flächendeckenden Einsatz der IT-Lösung geschaffen, damit perspektivisch alle fördergebenden und fördernehmenden Dienststellen nach einer Evaluierung des Pilotbetriebs an das System angeschlossen werden können.

- **Wie sieht der Zeitplan für die Umsetzung des gesamten Projekts aus? Welche Meilensteine wurden vereinbart?**

Nachdem der Verwaltungsvorstand der Projektkonzeption am 06.11.2018 zugestimmt hat, und die fördergebenden Dienststellen in einer breit angelegten Veranstaltung am 03.12.2018 über die nächsten Schritte informiert wurden, hat nun die Umsetzungsphase des Projektes begonnen.

Die Umsetzung erfolgt ab sofort in den Dienststellen. Diese sind angehalten, die Allgemeine Förder-

richtlinie sukzessive umzusetzen und eine konsistente Förderprogrammstruktur aufzubauen. Die beschlossene Förderrichtlinie weist dabei zunächst nur Innenwirkung auf und ist in konkrete Förderprogramme mit Außenwirkung zu übersetzen, um so auf eine standardisierte Vergabe der Fördermittel hinzuwirken. Bei der Erarbeitung der Förderprogramme erfahren die Dienststellen Unterstützung durch die Projektleitung sowie die am Projekt beteiligten Dienststellen. Im Anschluss daran werden die Förderprogramme von den zuständigen Gremien beraten und beschlossen. Die vollständige und flächendeckende Umsetzung der Förderrichtlinie soll im Laufe des Jahres 2019 erfolgen, sodass Anfang 2020 ein Gesamtüberblick über die Fördersystematik entstanden ist.

Nachdem die notwendigen Anforderungen an eine IT-Lösung definiert wurden und eine Demo-Version die Umsetzbarkeit belegt hat, wird im nächsten Schritt die Erarbeitung eines Prototyps erfolgen, die in einen Pilotbetrieb überführt und Ende 2019 zum Abschluss gebracht werden soll. Sobald die technische Infrastruktur final konzipiert ist, wird ein Schulungskonzept ausgearbeitet, das den Veränderungsprozess zusätzlich unterstützt, indem es die Beschäftigten mit dem neuen Verfahren vertraut macht.

Parallel zur IT-Entwicklung wird schon jetzt auf die Einhaltung entsprechender Standards bei der Planung, Bewirtschaftung und Kontrolle von Fördermitteln hingewirkt.

Nach der Umsetzung der Neuerungen und einer Evaluation endet das Projekt. Auch das neu implementierte Fördermittelmanagement wird weiterhin innerhalb der regulären Zuständigkeiten durch die Fachämter und Dezernate wahrgenommen.

- **Wie soll die Zusammenarbeit genau ausgestaltet werden? Was ist unter einem „beteiligungsorientierten Ansatz“ zu verstehen?**

Für den nachhaltigen Erfolg des Projektes ist eine breite Akzeptanz auf Seiten der Beschäftigten sowie die Mitwirkung aller Dezernate unabdingbar. Dementsprechend wurde von Anfang an großer Wert darauf gelegt, eine umfassende Beteiligungsstruktur zu etablieren. Diesem Ansatz wurde in der Projektorganisation, wie auch in der fortlaufenden Projektkommunikation Rechnung getragen.

Bereits beim Projektauftritt wirkten rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den unterschiedlichen, mit Fördermitteln befassten Bereichen der Stadtverwaltung mit und legten den Grundstein für das fachübergreifende Netzwerk „Fördermittelmanagement“. Im Zuge der Planungskonferenz wurden zudem drei dezernatsübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, die in anschließenden Workshops ihre Expertise einbrachten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen finden in der Konzeption ihren Niederschlag und stellen die Basis für die weitere Projektumsetzung dar.

In der begonnenen Umsetzungsphase soll auf die bewährten Formate der Zusammenarbeit zurückgegriffen werden. So wird es weiterhin Arbeitsgruppen und Workshops, u. a. zur Erarbeitung der IT-Lösung, und einen engen Austausch im Netzwerk geben, bei dem insbesondere ein Lernen von beispielgebenden Dienststellen angestrebt wird.

Zudem wird ein Leitfaden die Dienststellen bei den ersten Umsetzungsschritten, insbesondere bei der Erarbeitung von Förderprogrammen, unterstützen. Es gibt darüber hinaus auch Beratungsangebote während des Umsetzungsprozesses. So werden etwa die Kämmerei und das Amt für Informationsverarbeitung eng in die Umsetzung des IT-Verfahrens eingebunden, während das Rechtsamt die Fachämter bei der Umsetzung der Förderrichtlinie unterstützen wird.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksbürgerämter wurden frühzeitig in die Projektarbeit eingebunden. Nach Abschluss der Workshop-Phase wurde auch die Anwendbarkeit der Allgemeinen Förderrichtlinie auf die Bezirke umfassend miteinander reflektiert. Im Zuge eines engen Dialogs wurde außerdem ein erstes Förderprogramm für die bezirksorientierten Mittel am Beispiel des Bezirks Ehrenfeld erarbeitet, das als gutes Beispiel bei der Umsetzung dienen kann.

Hinsichtlich der weiteren Kommunikation wird auf bestehende Kanäle zurückgegriffen. Eine regelmäßige Information über den Projektstand wird u. a. über den Netzwerkverteiler „Fördermittelmanagement“, die eigens eingerichtete Team-Seite sowie über das Intranet erfolgen. Eine kontinuierliche

Reflexion des Projektverlaufs im Verbundprojekt und mit den Fachämtern ist vorgesehen.

Gez. Reker